



Quotenmodell senkt Kosten nicht, bremst jedoch Ausbau regenerativer Energien. "Energiewende von unten bedroht"

Quotenmodell senkt Kosten nicht, bremst jedoch Ausbau regenerativer Energien. "Energiewende von unten" bedroht
Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in den heute von der Monopolkommission gegebenen Empfehlungen zur Einführung eines Quotenmodells beim Ausbau erneuerbarer Energien eine Bedrohung für die Energiewende. Festgelegte Quoten würden nicht zur Senkung des Strompreises beitragen. Stattdessen führten sie zur Bildung von Oligopolen und schreckten kleinere Investoren im Bereich der erneuerbaren Energien ab. "Nur die verlässliche Förderung garantiert den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. "Quotenmodelle würden die Energiewende ab. Das belegen Erfahrungen in anderen europäischen Staaten. Wo erneuerbare Energien nach festgelegten Quoten ausgebaut werden, verschrecken die größeren Risiken kleine Investoren. Außerdem steigen dort die Ausbaukosten für Strom aus regenerativen Quellen", sagte Weiger. Beispiele dafür seien Belgien, Großbritannien, Italien und Polen. Der internationale Vergleich zeige auch, dass in Ländern mit Quotenmodellen die jeweiligen nationalen Ausbauziele für Strom aus regenerativen Quellen regelmäßig verfehlt würden. Hingegen würden sie in Ländern mit Einspeisevergütungen wie in Deutschland übererfüllt. Weiger: "Von Quotenmodellen profitieren allein die großen Energiekonzerne. In Deutschland jedoch tragen gerade die vielen Bürgerinnen und Bürger vor Ort zum Erfolg der erneuerbaren Energien bei. Das jetzige Erneuerbare-Energien-Gesetz motiviert sie, sich am Ausbau von Wind- und Solarstromanlagen zu beteiligen. Diese Energiewende von unten darf nicht abgewürgt werden. Bei der von fast allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien angekündigten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes muss der Einspeisevorrang von Strom aus regenerativen Quellen erhalten bleiben." Außerdem gehe es darum, die Kosten der Energiewende zwischen den verschiedenen Stromkunden gerechter zu verteilen. Abgeschafft werden müssten vor allem die überzogenen Ausnahmeregelungen für die Industrie, sagte der BUND-Vorsitzende. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Am Köllnischen Park 1 10179 Berlin Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.